

Liste Fritz mobilisiert erneut für Änderung des Agrargesetzes

„Der Millionendiebstahl am Volk muss unterbunden werden“, forderte Dinkhauser.

Innsbruck - Die Liste Fritz, die stärkste Oppositionspartei im Tiroler Landtag, mobilisiert erneut für eine Änderung des Agrargesetzes. Mit einem Dringlichkeitsantrag soll die Landesregierung aufgefordert werden, umgehend eine Novelle zum Tiroler Flurverfassungslandesgesetz vorzubereiten, um Gemeindegut in das Eigentum der Gemeinden zurück zu übertragen. Sieben Landtagsabgeordnete von ÖVP und SPÖ, die auch Bürgermeister sind, sollen bei der Landtagssitzung, morgen, Mittwoch aufgefordert werden, dem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen, hieß es am Dienstag bei einer Pressekonferenz der Liste Fritz in Innsbruck.

Die Landesregierung solle eine Novelle des Tiroler Flurverfassungslandesgesetz vorbereiten und dem Landtag zur Beschlussfassung vorlegen. Demnach soll das gesamte atypische Gemeindegut samt dem daraus erwirtschafteten Vermögen in das Eigentum der Gemeinden (zurück) übertragen werden. Die Agrarbehörde habe das Gemeindegut offenkundig verfassungswidrig ins Eigentum von Agrargemeinschaften übertragen, heißt es im Dringlichkeitsantrag. Den Bauern der Agrargemeinschaften stehe die Holz- und Weidenutzung zu, den Gemeinden der Substanznutzen, betonte LAbg. Andreas Brugger, Liste Fritz, der als Anwalt mehrere Gemeinden in Prozessen mit Agrargemeinschaften vertritt. Der Substanzwert umfasst all jene Bereiche, die über die übliche land- und forstwirtschaftliche Nutzung hinausgehen. Das sind beispielsweise Einnahmen aus Grundverkäufen und Entschädigungen für errichtete Skilifte. Bei den Grundstücken geht es um Grundstücke und Wälder von Gemeinden, die in den 60er Jahren an die Agrargemeinschaften gegangen waren.

In ihrer Funktion als Bürgermeister sei es in ihrer Verantwortung, sich auch im Landtag für die Interessen der Gemeinden einzusetzen. Wenn diese Bürgermeister dem Antrag zustimmen, dann finde er eine Mehrheit im Landtag. Die Liste Fritz ging davon aus, dass die Grünen und die FPÖ dem Antrag zustimmen werden, erklärte Brugger.

Der Konflikt um die Agrargemeinschaften in Tirol wird seit Jahren geführt. Im Juli 2008 hat der Verfassungsgerichtshof festgestellt, dass der Substanzwert den Gemeinden zusteht und nicht den Agrargemeinschaften. 2009 hatte sich die Tiroler Landesregierung auf ein neues Agrargesetz geeinigt. Schon damals hatte die Liste Fritz dem Gesetz nicht zugestimmt. „Das Gesetz ist zahnlos, es hat keinen Biss und in die Sache ist noch keine Bewegung gekommen seit das Gesetz in Kraft getreten ist“, erklärte LAbg. Fritz Dinkhauser (Liste Fritz) bei der Pressekonferenz. „Der Millionendiebstahl am Volk muss unterbunden werden“, forderte Dinkhauser. Der „aufzuteilende Kuchen“ werde nämlich immer kleiner. (APA)